

# „Bildungspolitisch für eine Rückkehr ins 19. Jahrhundert entschieden“

- Von: Ernst-W. Belter, für „Die Linke“
- Betr.: Bericht „Gesamtschule nur noch vierzügig“
- WZ vom 4. Dezember

In der letzten Ratsitzung des Jahres wurde dem staunenden Publikum ein Lehrstück in Sachen „Demokratie“ geboten. Mit der überwältigenden Mehrheit von 19:18 Stimmen wurde die Vierzügigkeit der Gesamtschule Waltrop beschlossen.

Nach dem Motto „Was schert mich mein Geschwätz von gestern“ hatte die CDU-Fraktion geheime Abstimmung zum Tagesordnungspunkt „Schulentwicklung in Waltrop“ beantragt. Damit duplierte sie den Beschluss des Schulausschusses, der erst eine Woche vorher getagt und nach einer turbulenten Sitzung beschlossen hatte, wegen ungeklärter Fragen die Abstimmung zu verschieben.

Es ist richtig, dass seit drei Jahren eine Schulkommission zum Thema Schulentwicklung getagt hat. In dieser Zeit hat sie es weder vermocht, seriös über Alternativen zur Reduzierung der Gesamtschule zu diskutieren, noch eine schlüssige Kosten-Nutzen-Analyse der

beabsichtigten Maßnahme vorzulegen. Erst die Fraktion „Die Linke“ hat die durch den Wegfall von Schülerfahrtskosten behaupteten Einspareffekte hinterfragt und nachgewiesen, dass mit falschen Vorgaben gerechnet wurde. In der Ausschusssitzung wurde dann aus heiterem Himmel die Zahl 300 000 € ins Spiel gebracht. Wenn das so stimmt, ist doch die Frage, warum kommt diese Zahl erst jetzt und wie sehen die Rechnungen dazu aus. Auch im Schulentwicklungsplan, über den ja abgestimmt wurde, sucht man vergeblich nach einer finanziellen Begründung. Hingewiesen wird lediglich „auf den Willen des Schulträgers“ und den Beschluss im Ausschuss vom 9.6.15.

Weitere bisher ungeklärte Fragen sind der Erhalt der Oberstufe, die Frage der Schulformwechsler und der Verbleib der auswärtigen Schüler. Dazu kommt die völlig ungeklärte Frage der Flüchtlingskinder.

Ein weiterer Punkt, der gar nicht diskutiert, aber mit beschlossen wurde, betrifft die Aufnahme auswärtiger Schüler. Diesen wird „die Aufnahme verweigert, wenn die Zahl der Anmeldungen die Aufnah-

mekapazität der Schule übersteigt.“ Dann kann aber die Gesamtschule die Waltroper Schüler mit Hauptschulempfehlung, die vorrangig aufzunehmen sind, nicht mehr hinreichend kompensieren durch die Aufnahme auswärtiger Schüler mit höherwertigen Empfehlungen, die bisher insgesamt die Leistungsheterogenität gewährleistet haben.

### Erhalt der Oberstufe ist gefährdet

Abgesehen davon, dass dadurch der Erhalt der Oberstufe gefährdet ist, ist fraglich, ob die besondere Leistung der Gesamtschule, nämlich schwache Schüler so zu integrieren, dass sie durch ein differenziertes System von Kursen höherwertige Abschlüsse erreichen, noch erhalten werden kann. Ein eindrucksvoller Beleg dafür ist der Kevin mit Hauptschulempfehlung, der an der Gesamtschule sein Abi mit der Note 1,0 abgelegt hat und zu dessen Ehren die Gesamtschule jedes Jahr den Kevin-Oskar verleiht. Solche Leistungen werden demnächst der Vergangenheit angehören.

Vielleicht ist aber genau das eine Erklärung für die Rolle

rückwärts der CDU und die übereilte Abstimmung über die Vierzügigkeit. Hätte man noch länger gewartet, hätte die Gefahr bestanden, sich mit den oben angesprochenen Fragen wirklich ernsthaft auseinanderzusetzen. Für CDU und auch die FDP war die Gesamtschule schon immer Teufelswerk, da sie die ihrer Meinung nach natürliche Ordnung gefährdet sahen, nämlich im dreigliedrigen Schulsystem die Kevins so zu selektieren, dass diese im Elefantenrennen um die besten Plätze in der Gesellschaft erst gar keine Chancen erhalten. Die Kostenargumente waren nur vorgeschoben. Dass der Waltroper Aufbruch sich dieser reaktionären Sichtweise angeschlossen und für die Restaurierung des dreigliedrigen selektiven Schulsystems in Waltrop gestimmt hat, darf dann schon verwundern, zumal sich die Vertreterin im Ausschuss noch enthalten hatte.

Während andere Städte in der Umgebung, z.B. Oer-Erkenschwick oder Dortmund für die Nordstadt, über die Einrichtung neuer Gesamtschulen debattieren, hat Waltrop sich bildungspolitisch für die Rückkehr ins 19. Jahrhundert entschieden.